

SOLIDARITÄT



IM FOKUS

Die Corona-Krise trifft
nicht alle gleich



SUISSE
SOLIDAR

KÄMPFEN FÜR GLOBALE FAIRNESS



Barbara Burri

Co-Direktorin Solidar Suisse

**LIEBE LESERIN,
LIEBER LESER**

In meinem letzten Editorial, im März kurz nach dem Ausbruch des Coronavirus verfasst, habe ich versprochen, dass wir in dieser Solidarität über die Auswirkungen der Pandemie in den Ländern des Südens berichten werden, und vor allem darüber, was Solidar Suisse zur Verbesserung der Situation der Menschen in unseren Projektländern tut. Obwohl wir – wie Sie wohl auch – nicht auf das Ausmass der Krise vorbereitet waren, haben unsere Mitarbeitenden hier in Zürich und vor Ort alles darangesetzt, rasch Projekte auf die Beine zu stellen, welche die Auswirkungen der Corona-Pandemie lindern. Auf den folgenden Seiten können Sie nun lesen, wie es Christine Botongo in Burkina Faso geht oder wie Solidar entlassene Textil-ArbeiterInnen in Kambodscha unterstützt, damit sie zu ihrem Recht kommen.

Dies ist das letzte Mal, dass ich mich hier an Sie wende. Ich werde Solidar Suisse nach insgesamt 13 Jahren, die ich hier arbeiten durfte, verlassen. Es waren sehr spannende Jahre. Drei davon war ich für Solidar – damals noch Schweizerisches Arbeiterhilfswerk – im Kosovo tätig. Wenn ich heute Rückschau halte, bin ich stolz auf diese Organisation und wie sie sich in dieser Zeit weiterentwickelt hat. Sie hat ihr Profil geschärft und den Kampf für faire Arbeit, demokratische Mitbestimmung und soziale Gerechtigkeit in den Fokus gestellt. Sie wird heute den hohen Professionalisierungsansprüchen an die Entwicklungszusammenarbeit gerecht und ist für die Zukunft gerüstet. Für mich war Solidar in all diesen Jahren eine berufliche Heimat, wo ich mich mit der Ausrichtung, den Projekten und natürlich den Menschen stark identifizieren konnte.

Ich wünsche meinen KollegInnen weiterhin viel Mut und Engagement. Und Ihnen als UnterstützerInnen danke ich von Herzen für Ihre Solidarität, die unsere Arbeit erst möglich macht!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'b. burri'.

Barbara Burri

INHALT

04



Im Fokus – die Auswirkungen der Corona-Krise

- 04 Was die Corona-Krise in unseren Schwerpunktländern anrichtet und wie Solidar hilft
- 07 Im Lockdown sind Frauen vermehrt Opfer von Gewalt: Kampagnen vermitteln Hilfe
- 08 Der drastische Einbruch in der Textilindustrie wird auf die FabrikarbeiterInnen abgewälzt
- 10 In Burkina Faso drohen die Armen unter dem Lockdown ihre Existenzgrundlage zu verlieren
- 11 Wie Solidar-Koordinator Sanjiv Pandita die Krise in Hongkong erlebt hat
- 12 Covid-19 hat die prekäre Situation der ArbeitsmigrantInnen auf Palmölplantagen verschärft
- 13 Keine Arbeit, kein Lohn ist die bittere Realität informeller ArbeiterInnen in der Corona-Krise

14 Hommage

an die verstorbene Menschenrechtsaktivistin Marie-Claude Hessler

15 Festgehalten

Aktuelles im Überblick

16 Anpacken

Mirjeta Nagavci unterstützt SchülerInnen im Kosovo bei der Berufswahl – zurzeit online

19 Mitkämpfen

Aktiv werden mit Solidar Suisse

14



16

17 Kolumne

18 Sudoku und Medienschau

19 Impressum

20 Fotografieren Sie Fahnen für die Konzernverantwortungsinitiative!

IM FOKUS - CORONA-KRISE





Weil Sohana Akhter in der Textilfabrik bei Dhaka aufgrund der Corona-Krise keine Überstunden leisten kann, reicht ihr Lohn nicht mehr zum Leben.

Kein Ort auf der Welt wurde vom Coronavirus verschont. Doch die Auswirkungen der Pandemie sind ungleich verteilt. In diesem Heft richten wir den Fokus darauf, was die Krise für Benachteiligte in den Ländern des Südens bedeutet und wie Solidar Suisse zur Linderung der Folgen beiträgt.

DIE CORONA-KRISE TRIFFT ALLE – ABER NICHT ALLE GLEICH

Text: Klaus Thieme, Leiter Internationale Programme bei Solidar Suisse, Foto: Taslima Akhter

Bolivien: Lockdown und Strassenunruhen. Malaysia: illegale Internierung von ArbeitsmigrantInnen. Burkina Faso: Hunger wegen Ausgangssperre. El Salvador: Aushebelung des Rechtsstaats und Zunahme der Frauenmorde. Südafrika: Prekarisierung der Arbeitsbeziehungen unter dem Vorwand des Lockdowns. Kambodscha: Entlassung von Zehntausenden von TextilarbeiterInnen. So präsentierten sich Ende Juni die Folgen der Corona-Krise in Projektländern von Solidar Suisse.

Krise verschärft Ungleichheiten

Die Corona-Krise legt die Ungleichheit der weltweiten Lebensbedingungen offen – eine Ungleichheit, die schon vor dem Ausbruch von Covid-19 täglich grösser wurde. Die direkten und indirekten Folgen der Pandemie treffen Menschen, die bereits von Benachteiligungen gezeichnet sind, besonders hart: prekär Beschäftigte, Frauen, ArbeitsmigrantInnen, Geflüchtete in den riesigen Lagern in Afrika und Asien – und natürlich Kinder.

Öffentliche Dienste werden zurückgefahren, die Bewegungsfreiheit eingeschränkt und politische Grundrechte ausser Kraft gesetzt – in manchen Ländern wie El Salvador oder Kambodscha vielleicht dauerhaft. Hilfsprogramme können so nur noch erschwert umgesetzt werden. Das bedeutet

konkret, es werden weniger Brunnen gebohrt, weniger Kinder geimpft, weniger Moskitonetze verteilt. All dies trifft arme und benachteiligte Menschen am meisten. Es gibt klare Anzeichen für ein verstärktes Aufblühen von Krankheiten wie Masern, Malaria und Tuberkulose wegen eingeschränkter Präventionsmassnahmen. Mit tödlichen Folgen. Auch Gewalt an Frauen hat im Lockdown zugenommen: Eingesperrt mit einem oft schon vorher gewalttätigen Partner, können Betroffene kaum Hilfe holen, was zum Beispiel in El Salvador zu einem massiven Anstieg an Frauenmorden geführt hat (siehe Seite 7).

Arbeitslosigkeit und Hunger

Die Welt steht vor einer Rezession, wie sie seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen wurde. Schon jetzt gibt es einen dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit in asiatischen Ländern, die als «Werkbank der Welt» vor allem Konsumprodukte für den globalen Norden produzieren. Weil Modetrends ihre Bestellungen storniert hatten, wurden in den Textilfabriken Kambodschas und Bangladeschs Hunderttausende ArbeiterInnen entlassen (siehe Seite 8). Insgesamt sind allein im Textilsektor Asiens mehrere Millionen Arbeitsplätze bedroht.

«50 Millionen Menschen könnten 2020 zusätzlich in extreme Armut geraten.»

In Afrika wird die Corona-Krise mehr als 20 Millionen Arbeitsplätze vernichten, schätzt die ILO, und weltweit 400 Millionen Vollzeitstellen. Mehrheitlich jene von Frauen, da sie in den am meisten betroffenen Sektoren überrepräsentiert sind. Und bereits hat mehr als jedeR sechste Jugendliche die Anstellung verloren.

Verlieren ungeschützte ArbeiterInnen, informelle KleinhändlerInnen und Gelegenheitsarbeitende ihre Einkommensmöglichkeit, bricht von einem Tag auf den andern ihre Lebensgrundlage weg. Da sie kaum über Ersparnes verfügen, haben sie kein Geld für Essen, Miete und Medikamente (siehe Seite 13).

In vielen Ländern des Südens droht bereits eine Hungerkrise. 50 Millionen Menschen könnten allein 2020 zusätzlich in extreme Armut geraten, und das Welternährungsprogramm der Uno schätzt, dass sich die Zahl der Hungernden wegen der Pandemie weltweit verdoppeln wird. Doch statt

den ärmsten Ländern die Schulden zu streichen, knausert die Schweiz bei der Entwicklungshilfe (siehe Seite 17).

Rasche Hilfe dank lokaler Teams

Solidar hat schnell auf die Pandemie reagiert. Zum Glück waren unsere Mitarbeitenden in den Projektländern wie in der Zürcher Zentrale gut vorbereitet. Wir kennen die Arbeit in krisenartigen Umständen. Neu war für unsere Teams, dass die Krise nicht nur eine Region, sondern die gesamte Welt betraf. Dies machte die Koordination speziell herausfordernd. Was uns da besonders gut dient: Wir setzen durchgehend auf lokale MitarbeiterInnen – sie waren vor Ort und konnten umgehend mit Hilfsaktionen beginnen. Eindrückliche Beispiele hierfür finden sich in diesem Heft. Ob Verteilung von Schutzmaterial in Lagern für Geflüchtete, ob Präventionskampagnen und Hilfsangebote für von Gewalt betroffene Frauen, ob Unterstützung entlassener ArbeiterInnen mit Lebensmittelpaketen – Solidar hat schnell und unbürokratisch geholfen.

Unsere Partnerorganisationen vor Ort haben zudem viele der laufenden Aktivitäten rasch an die Corona-Massnahmen angepasst. Die Berufsberatung für SchülerInnen im Kosovo wird nun per Chat und Videocall im Internet durchgeführt (siehe Seite 16). In Burkina Faso informieren Radiostationen in den lokalen Sprachen über Schutz- und Hygienemassnahmen (siehe Seite 10). In Bolivien wird die Nummer einer Gratis-Hotline für Gewaltbetroffene über Apps verbreitet (siehe Seite 7). Im malaysischen Sabah haben wir sofort Lebensmittel und Schutzmaterial an die von der Versorgung abgeschnittenen PlantagenarbeiterInnen verteilt (siehe Seite 12). Und wir unterstützen tagtäglich Organisationen der Zivilgesellschaft im Kampf um Rechte und gesellschaftliche Teilhabe. Doch nicht nur die lokale Verankerung und die Flexibilität unserer PartnerInnen hat es uns ermöglicht, unsere Hilfe passgenau auf die neue Situation auszurichten. Auch unsere GeldgeberInnen in der Schweiz haben grosses Verständnis gezeigt, dass wegen der Corona-Krise langfristige Pläne angepasst und Aktivitäten verlagert werden mussten.

Die Krise ist noch nicht vorbei. Die gesundheitlichen, psychologischen und wirtschaftlichen Folgen werden noch lange nachwirken. Umso wichtiger ist für uns der Kampf für eine gerechtere Welt – ohne Ausbeutung und Unterdrückung, mit Selbstbestimmung und gelebter Solidarität auf Augenhöhe.

LOCKDOWN FÖRDERT GEWALT

In der beengten Situation der Quarantäne waren Frauen vermehrt Gewalt ausgesetzt.

Text: Katja Schurter, verantwortliche Redaktorin der Solidarität, Foto: Solidar Suisse

Maria Elena Rivera macht auf die Hotline aufmerksam, die in El Salvador Frauen in Not Hilfe bietet.



«In El Salvador war es verboten, das Haus zu verlassen. Wer gegen die Ausgangssperre versties, etwa um irgendwie das ökonomische Überleben sicherzustellen, wurde in Quarantänezentren – die eigentlich Gefängnisse sind – eingesperrt», erzählt die Leiterin des Solidar-Länderbüros Yolanda Martínez. «Ausserdem trugen das Einstellen des öffentlichen Nahverkehrs und die Militarisierung der Quartiere dazu bei, dass von Gewalt betroffene Frauen kaum fliehen konnten.»

Zunahme der Frauenmorde

Das hatte Folgen. So wurden in El Salvador zwischen dem 17. März und dem 2. Juni 26 Frauen ermordet – elf mehr als im gleichen Zeitraum 2019. Die Zahl der Anzeigen wegen sexueller Gewalt hat zwischen Januar und April zwar um 13 Prozent abgenommen, doch Frauenorganisationen führen dies darauf zurück, dass Frauen im Lockdown den Tätern ausgeliefert und Anzeigen zu riskant waren. Wegen der Ausgangssperre hatten viele Frauen auch keinen Zugang zu Verhütungsmitteln. So wurden bis Anfang Juni 144 Schwangerschaften von 10- bis 14-jährigen Mädchen registriert.

Solidar-Partnerorganisationen haben zusammen mit den Behörden eine Kampagne lanciert, die über soziale Netzwerke, Radios und TV 1,3 Millionen Menschen erreichte. «Über WhatsApp-Dienste, die extra für die Kampagne geschaffen wurden, erhielten auch Frauen in abgelegenen Regionen die Nummer der 24-Stunden-Hotline, um Hilfe zu holen», erzählt Martínez.

WhatsApp-Kampagnen

Ähnlich präsentiert sich die Situation in Bolivien. «Die Frauen haben Angst, Gewalt anzuzeigen, weil sie mit dem Täter unter einem Dach leben und sei-

ner Kontrolle 24 Stunden am Tag ausgesetzt sind», erzählt Ana Kudelka, Leiterin des Solidar-Projekts Vida sin violencia – Leben ohne Gewalt. «Wenn sie Anzeige erstatten, ist die Gefahr noch grösser, dass sie Gewalt erfahren oder sogar umgebracht werden.» Erschwerend kam hinzu, dass die Rechtsberatungsstellen für Frauen (SLIM) zu Beginn des Lockdowns schliessen mussten.

Auch in Bolivien lancierte Solidar Suisse eine Kampagne: Gemeinsam mit den für Gewalt an Frauen zuständigen Polizeidienststellen wurde eine Gratis-Hotline beworben – damit Frauen in Not-situationen trotz Ausgangssperre Hilfe holen konnten. Über soziale Medien, Radio, Plakate und Apps wurden über drei Millionen Menschen erreicht. Die inzwischen wieder geöffneten SLIM verteilten ausserdem Lebensmittel an die ärmsten Familien sowie Schutzmasken, Desinfektionsmittel und Handschuhe. «Es ist schwierig, die Frauen in den kleinen Dörfern zu erreichen, weil wir uns während der Quarantäne nicht frei bewegen können und Angst haben, uns anzustecken», erzählt SLIM-Mitarbeiterin Eugenia Choquea. «Aber sie kennen uns und rufen uns aufs Handy an, so können wir Hilfe organisieren.»



Ihre Spende wirkt

Ihr Beitrag von 50 Franken ermöglicht drei Monate Betrieb der Hotline für Gewaltbetroffene in El Salvador. Mit 100 Franken können 100 betroffene Frauen mit Nahrungsmitteln und Hygieneartikeln für zwei Wochen versorgt werden. Mit 250 Franken wird in Bolivien ein Spot der Kampagne drei Wochen lang in einem Regionalradio ausgestrahlt.

«WIR CAMPIEREN VOR DER FABRIK»

Die Textilindustrie erfuhr durch die Corona-Krise einen drastischen Einbruch. Leidtragende sind die FabrikarbeiterInnen.

Text: Bernhard Herold, Programmleiter Asien, Fotos: Solidar Suisse

*Links: ArbeiterInnen in Phnom Penh campieren vor der geschlossenen Textilfabrik, um den ausstehenden Lohn zu erhalten.
Rechts: Sreyleak Lonh vor der Fabrik.*



Kambodscha und Bangladesch sind stark von der Produktion von Kleidern, Textilien und Schuhen abhängig: Sie macht satte 80 Prozent der Exporterlöse aus. Die Corona-Pandemie hat weltweit zu einem nie dagewesenen Einbruch in diesem Sektor geführt. Die Branche rechnet für 2020 mit einem Bestellungenrückgang von 40 Prozent. Hauptleidtragende sind die NäherInnen, zumeist Frauen, die für schlabige Löhne unsere Modeartikel herstellen. Allein in Bangladesch waren auf dem Höhepunkt der Corona-Krise etwa 1000 Fabriken vorübergehend geschlossen. Bei vielen ArbeiterInnen stehen ein bis zwei Monatslöhne aus, und Zehntausende wurden einfach entlassen. Von rund vier Millionen TextilarbeiterInnen könnten bis Ende Jahr eine halbe Million ihre Stelle verlieren. Gemäss der Vereinigung der Bekleidungshersteller Bangladeschs BGMEA belief sich der Einbruch der Bestellungen von März bis Juni auf über drei Milliarden Franken, die Hälfte davon verantworteten Abnehmer aus Europa.

Täglicher Kampf um eine Schicht

Die Ausbeutung nimmt noch krassere Formen an als bisher. In Kambodscha hatten Anfang Juli 400 von insgesamt etwa 1000 Textilfabriken den Betrieb eingestellt, und 150 000 NäherInnen standen buchstäblich auf der Strasse. Dort müssen sie nun darum kämpfen, eine Arbeitsschicht für einen Tageslohn von acht Franken zu ergattern. Oft gelingt ihnen dies nur an einem Tag pro Woche. Sie

sind dabei den ArbeitsvermittlerInnen vollkommen ausgeliefert. Viele erhielten auch die versprochene staatliche Kompensation nicht.

Schlecht ist es auch Sreyleak und Srey Lonh ergangen: Die Schwestern arbeiteten bis Anfang April in einer kleinen Textilfabrik in der Hauptstadt Phnom Penh und nähten zusammen mit 340 anderen ArbeiterInnen Kleider für internationale Labels, die auch in der Schweiz verkauft werden. «Die Fabrik stellte am 4. April ihren Betrieb für einen Monat ein und versprach uns, die Hälfte des ausstehenden Lohnes zu zahlen. Doch als wir am 4. Mai zurückkehrten, war die Fabrik abgeriegelt», erzählt Srey Lonh. «Das Management sagte uns, dass wir den Lohn in einer Woche erhalten würden.» Doch auch eine Woche später bekamen die ArbeiterInnen kein Geld, vielmehr hiess es, der Fabrikbesitzer sei untergetaucht. «Deshalb campieren wir jetzt vor der Textilfabrik. So wollen wir sicherstellen, dass der Besitzer die verbleibende Ausrüstung nicht wegschaffen kann. Für uns ist die Situation sehr schwierig: Die Fabrik ist geschlossen, wir haben kein Geld für Lebensmittel und Miete und können unsere Schulden nicht bezahlen. Deshalb bringen wir diesen Fall vor Gericht und hoffen, dass es uns hilft.»

Ohne Überstunden keine Existenz

In ihrem Widerstand werden die BesetzerInnen von der Textilgewerkschaft C.CAWDU, einer Partnerorganisation von Solidar Suisse, unterstützt.



C.CAWDU hatte bereits vor der Corona-Krise für Verbesserungen in dieser Fabrik gekämpft. 2018 wollten dort zehn ArbeiterInnen eine Gewerkschaft gründen, doch der Fabrikbesitzer schikanierte sie und drohte ihnen mit der Entlassung. Erst als ein Hauptabnehmer der Kleider intervenierte, wurde die Gewerkschaftslizenz erteilt: mehr als ein Jahr später, am 5. Mai 2020. Doch da war die Fabrik bereits geschlossen. «Vor der Pandemie verdienten wir 200 US-Dollar pro Monat. Damit kamen wir über die

«Wir haben kein Geld für Lebensmittel und Miete und können unsere Schulden nicht bezahlen.»

Runden. Doch schon zu Beginn der Krise wurde das Geld knapp: Es gab keine Überstunden mehr, jeden Tag war um 16 Uhr Schluss. Dann wurden wir ganz nach Hause geschickt. Die 70 Dollar, die uns von der Regierung versprochen wurden, decken nicht mal unsere Mietkosten», erzählt Sreyleak Lonh, und ihre ältere Schwester Srey ergänzt: «Wir stehen enorm unter Druck. Mein Mann und ich sind beide arbeitslos. Wir müssen drei Kinder und unsere Eltern finanziell unterstützen. Mit der Miete sind

wir bereits im Rückstand, weil wir unsere Löhne nicht erhalten haben.»

Lockdown auf dem Rücken der ArbeiterInnen

Die Bekleidungsindustrie Kambodschas und mit ihr die ArbeiterInnen musste in diesem Jahr bereits zwei schwere Schläge einstecken: Zuerst der Lockdown in China und in vielen weiteren asiatischen Ländern. Dieser führte zu grossen Störungen in den Wertschöpfungsketten, weil Vormaterialien nicht geliefert werden konnten. Dann der Lockdown in Europa und den USA, der einen drastischen Einbruch bei den Bestellungen bedeutete. Ob der dritte Schlag erfolgen wird, war bei Redaktionsschluss noch unklar: Im August könnte die EU gewisse Zollvorteile für Kambodscha aussetzen. Die EU gewährt solche Erleichterungen armen Ländern, knüpft sie aber an Bedingungen – und hat nun nach einem langwierigen Verfahren beschlossen, diese im Fall von Kambodscha wegen der andauernden Missachtung der politischen Rechte durch das Regime von Premierminister Hun Sen einzustellen.

Jeder dieser Schläge landet auf dem Rücken der TextilarbeiterInnen. Deshalb engagiert sich Solidar Suisse mit C.CAWDU für langfristige Lösungen, bildet ArbeiterInnen weiter und verhandelt über die Erhöhung des Mindestlohns. Damit NäherInnen wie Sreyleak und Srey Lonh nicht auf dem Fabrikgelände campieren müssen, um ihren rechtmässigen Lohn zu erhalten.

«DIE QUARANTÄNE WAR FÜR UNS EINE KATASTROPHE»

In Burkina Faso leiden die Armen unter dem Lockdown. Sie drohen ihre Existenzgrundlage zu verlieren.

Text: Katja Schurter, verantwortliche Redaktorin der Solidarität, Foto: Solidar Suisse

Christine Botongo konnte ihre Feldfrüchte nicht mehr verkaufen. Die Folgen sind dramatisch: «Die Regierung hat die Massnahmen gegen Covid-19 zu unserem Schutz ergriffen, aber diese haben dazu geführt, dass wir mindestens die Hälfte unserer Einkünfte verloren.» Denn wegen dem behördlich angeordneten Lockdown der Hauptstadt durfte Botongo im März und April, mitten in der Erntesaison, ihr Gemüse nicht mehr dort verkaufen. «Die Quarantäne war für uns eine Katastrophe», erzählt die Gemüsebäuerin aus dem 25 Kilometer entfernten Loumbila. Und nicht nur für sie – auch die Menschen, die auf Lebensmittel angewiesen waren, kamen in Not. «Einige haben sich sogar verletzt, als sie versuchten, die Strassensperren zu umgehen, um bei uns einzukaufen.» Denn der Kleinhandel deckt in Burkina Faso die Grundversorgung der meisten Menschen. «Lieber an Covid-19 sterben als an Hunger», ist immer wieder zu hören.

Angst und Misstrauen

Auch die Krisenkommunikation hat viele Menschen verunsichert. «Bei mir löste sie Angst aus, weil das Virus von den Medien als überaus ansteckend und tödlich dargestellt wurde und es vor allem die Länder unserer GeldgeberInnen angegriffen hat», erzählt Christine Botongo. «In meiner Familie machte sich Angst vor dem Verhalten der Einzelnen breit: Wer war wo? Wer hat was gemacht? Wir

begannen einander zu misstrauen.» Als Botongo die Informationen der Solidar-Partnerorganisation Association Manegdbzanga sah und Schutzmaterial bekam, erhielt sie ein Stück Sicherheit zurück: «Die Plakate mit ihren klaren Bildern und Botschaften in meiner Sprache haben mir gezeigt, wie ich mich schützen kann, und die verteilten Seifen, Desinfektionsmittel und Waschbecken haben auch sehr geholfen.»

Kein Zugang zur Gesundheitsversorgung

Wie in der Schweiz, hat Covid-19 auch die Behandlung von Kranken erschwert – mit gravierenden Auswirkungen: «Die Menschen vermeiden es möglichst, in Gesundheitszentren zu gehen, weil sie Angst haben, sich dort anzustecken. So lassen sich Menschen mit Corona-Symptomen, aber auch mit lebensbedrohlichen Krankheiten wie Malaria, nicht behandeln», erzählt der Leiter des Solidar-Länderbüros Dieudonné Zaongo. «Wir versuchen unser Bestes, die Menschen zu informieren, was sie in dieser Situation tun und wie sie sich schützen können.» Ende Juni sind fast alle Massnahmen ausser der Maskenpflicht, die jedoch kaum befolgt wird, aufgehoben worden. «Wenn dies zu einer Erhöhung der Fallzahlen führt, wird die Regierung es sehr schwer haben, die Schliessung von Märkten und Moscheen ein zweites Mal durchzusetzen», meint Zaongo. Denn bereits im Juni gab es Demonstrationen für deren Wiedereröffnung. «Die Schwächung der wirtschaftlichen Strukturen könnte arme Menschen in einen Nahrungsmittelmangel stürzen und die Versorgung mit Wasser, Gesundheit und Bildung gefährden.»

Etwas Gutes kann Christine Botongo der Krise jedoch abgewinnen: «Dass wir uns Schutzmassnahmen wie das systematische Händewaschen angewöhnen, kann auch in Zukunft helfen, Krankheiten zu verhindern.»

Solidar unterstützt die Menschen mit Waschbecken und Plakaten in lokalen Sprachen, sich vor dem Coronavirus zu schützen.





TOILETTPAPIER HER, ODER ES KNALLT!

Sanjiv Pandita, Koordinator des Asienprogramms von Solidar Suisse, erzählt, wie er die Corona-Krise in Hongkong erlebt hat.

Text: Sanjiv Pandita, Foto: Solidar Suisse

*Sanjiv Pandita
in Hongkong.*

Das Coronavirus hat Hongkong wegen der Nähe zu Festlandchina früher erreicht als die meisten anderen Länder der Welt. Aber die Stadt war auch besser vorbereitet, oder besser gesagt, den Leuten sass die Angst noch in den Knochen, weil viele von ihnen 2003 bereits Sars erlebt hatten. Als meine Familie und ich Ende Januar von den Weihnachtsferien in Indien zurückkehrten, wo wir zwar vom Ausbruch der Pandemie in Wuhan gehört hatten, uns jedoch die drastischen Folgen noch nicht vorstellen konnten, trafen wir Hongkong im Panikmodus an.

Masken als wertvollstes Gut

Alle trugen Masken, doch wir hatten keine, was uns viele böse Blicke eintrug. Wenige Monate zuvor hatte die Regierung Masken verboten, um die Protestbewegung in Hongkong zu unterbinden. Und nun forderte sie die Leute auf, Masken zu tragen, doch sie waren nicht mehr erhältlich und wenn, dann zu absurden Preisen. Masken waren zum wertvollsten

«Masken waren zu einer Voraussetzung für Integration geworden.»

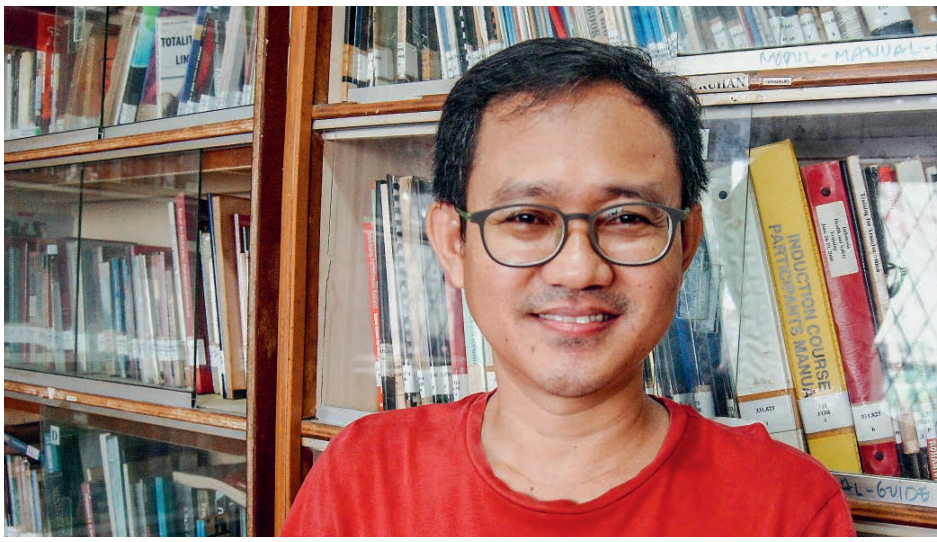
Gut geworden, wie es bald weltweit der Fall sein würde. In der Nähe meines Hauses sah ich eine kilometerlange Schlange: Dort würden Masken verkauft, sagte man mir. Ich beschloss also, mich anzustellen. Nach Stunden in der Schlange, als ich mich bereits in Sichtnähe des Ladens befand, montierten sie das

Schild «Masken ausverkauft». Es war niederschmetternd – ich war so nahe dran gewesen! Ich hätte weinen mögen. Nach weiteren gescheiterten Versuchen waren wir endlich stolze BesitzerInnen von Masken und einer Flasche Desinfektionsmittel. Es fühlte sich nach einer grossartigen Errungenschaft an, denn irgendwie waren Masken nicht mehr nur ein Mittel zum Schutz vor dem Virus, sondern zu einer Voraussetzung für gesellschaftliche Integration geworden.

Organisiertes Verbrechen entdeckt neuen Markt

Endlich mit Masken ausgerüstet, wollten wir anschliessend im Supermarkt das Nötigste einkaufen, doch wir stellten fest, dass die Regale fast leer waren. Geplündert, mit Fokus auf Toilettenpapier und Reis – ein interessantes Zusammentreffen. Als hätte jemand das Wichtigste sicherstellen wollen: Essen im Mund und Papier, um es am anderen Ende wieder abzuwischen. Die Abendnachrichten berichteten, wie die Polizei einen Versuch von organisierten Kriminellen vereitelt hatte, WC-Papier zu stehlen. Ich dachte, ich hätte mich verhört. «Es muss sich um Diamanten oder Gold handeln», meinte meine Frau Renu. Denn in Hongkong gibt es recht gewagte Raubüberfälle im «Hollywood-Stil». Aber es war tatsächlich ein Toilettenpapier-Raubüberfall. Das organisierte Verbrechen in Hongkong hatte erkannt, dass es lukrativer war als Gold oder Diamanten. Und ich stellte mir die Auswirkungen für den Heiratsmarkt vor: Beim Antrag würde nun statt eines Diamantrings eine Monatsration Toilettenpapier übergeben.

Uns jedenfalls scherte das wenig – wir haben ein Bidet, sodass wir nicht zwingend auf WC-Papier angewiesen waren.



ISOLIERT UND DEPORTIERT

Wir wollten vom Solidar-Projektkoordinator für Palmöl Fahmi Panimbang wissen, welche Folgen die Corona-Krise für die PlantagenarbeiterInnen in Malaysia hat.

Interview: Katja Schurter, verantwortliche Redaktorin der Solidarität,
Foto: Solidar Suisse

Auf den Palmölplantagen von Sabah waren die Arbeitsbedingungen schon vor Covid-19 prekär. Hat sich die Situation der ArbeiterInnen, die meist aus Indonesien stammen, noch verschärft?

Ja. Zwar haben die 90 Prozent ArbeitsmigrantInnen ohne Aufenthaltsstatus die Plantagen schon vorher kaum verlassen, aus Angst, aufgegriffen und deportiert zu werden. Unter dem Corona-Lockdown wurden aber die Polizeikontrollen intensiviert. Auch die HändlerInnen, welche die ArbeiterInnen mit Lebensmitteln und weiteren Grundgütern beliefern, konnten nicht mehr in die Plantagen, was die Versorgung stark erschwerte. Weil die Palmölproduktion teilweise eingestellt wurde, konnten die MigrantInnen mehr als zwei Wochen nicht arbeiten – und erhielten keinerlei Entschädigung. Das heisst, ihr magerer Lohn wurde einfach halbiert.

Wie konnten sie sich und ihre Familien ernähren?

Nur dank der Unterstützung der Solidar-Partnerorganisation Asia

Monitor Resource Center. AMRC hat vom 10. April bis 5. Mai Essen und Schutzmaterial verteilt. Manche ArbeiterInnen, die verzweifelt waren, weil ihre Familien hungerten, weinten, als endlich etwas Hilfe kam.

Müssen denn die BetreiberInnen die ArbeiterInnen nicht bezahlen, wenn sie die Plantagen von einem Tag auf den anderen schliessen?

Auf dem Papier schon. Die Regierung hat angeordnet, dass die ArbeiterInnen alle ihnen zustehenden Leistungen bekommen. Manche haben beim Arbeitsministerium Beschwerde eingereicht, weil sie nichts erhielten. Aber sie bekamen nicht einmal eine Antwort. Ohne Aufenthaltsbewilligung haben die MigrantInnen kein Druckmittel. Und das Arbeitsgesetz verbietet undokumentierten ArbeiterInnen, sich einer Gewerkschaft anzuschliessen.

Mitte Mai haben die meisten Plantagen die Produktion wieder aufgenommen, und die ArbeiterInnen können zunehmend nor-

mal arbeiten. Sind sie vor Ansteckung mit dem Virus geschützt?

Nein, ausser von AMRC erhalten sie keinerlei Schutzmaterial. Sie haben ja zuvor auch keinen Schutz vor Pestiziden erhalten. Eine Maske war und ist ein Luxus.

Undokumentierte ArbeiterInnen werden in Ausschaffungszentren gesteckt und nach Indonesien zurückgeschafft. Was geschah im Lockdown mit den Inhaftierten?

Ab Mitte März wollte sie die indonesische Regierung nicht mehr zurücknehmen. Die Gefangenen – unter ihnen auch Kinder – blieben also in den Lagern. Unter schrecklichen Bedingungen: Ohne Zugang zu sauberem Wasser, mit Essen, das oft nur aus verrottetem Reis und Gemüse bestand, litten viele unter Durchfall und Hauterkrankungen. Gefangene wurden regelrecht gefoltert, und es kam sogar zu Todesfällen aufgrund von Krankheiten. Ausserdem waren die Lager völlig überfüllt, und Abstand halten war unmöglich. Sie so lange festzuhalten, ist illegal.

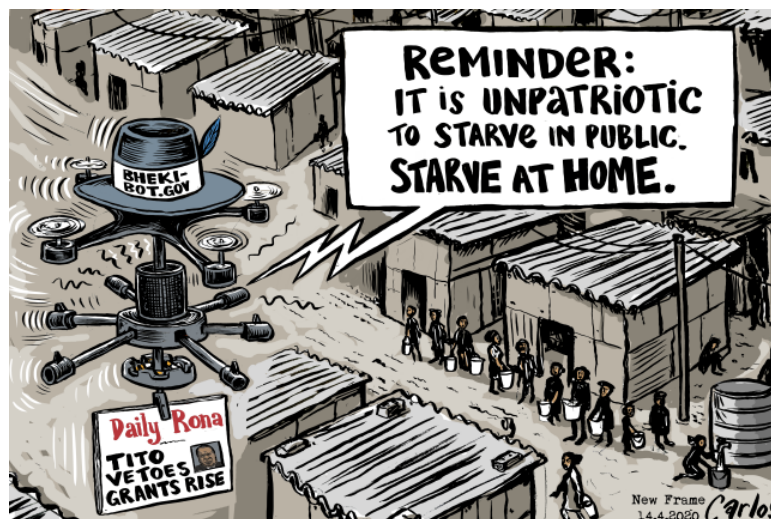
Was hat AMRC getan, um die Gefangenen zu unterstützen?

Wir forderten das indonesische Konsulat in Sabah auf, ihre StaatsbürgerInnen zurückzunehmen. Ausserdem informierten wir die lokale Regierung über die Menschenrechtsverletzungen in den Lagern und forderten Zugang zu den Gefangenen. Letzteres leider ohne Erfolg: Unter dem Vorwand von Corona-Schutzmassnahmen wurden Besuche verboten. Aber AMRC und andere Organisationen haben eine Untersuchungskommission nach Indonesien geschickt, um mit den zurückgekehrten Gefangenen zu sprechen. Seit Anfang Juni können die Internierten wenigstens wieder nach Indonesien zurückkehren.

KEINE ARBEIT, KEIN LOHN

Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen hat der Corona-Lockdown speziell hart getroffen. Solidar unterstützt sie im Existenzkampf.

Text: Joachim Merz, Cartoon: Carlos Amato, Johannesburg



«Es ist unpatriotisch, öffentlich zu hungern. Verhungert zu Hause.»

Die Corona-Pandemie zeigte die weit verbreitete und gerne vergessene Situation vieler ArbeiterInnen im globalen Süden glasklar: No work, no pay – keine Arbeit, kein Lohn. Das ist die bittere Realität der meisten ArbeiterInnen in unseren Schwerpunktländern wie etwa Bolivien und Südafrika. Soziale Sicherungssysteme gibt es in Asien, Afrika und Lateinamerika – wenn überhaupt – nur für die 20 Prozent der Beschäftigten, die einen regulären Arbeitsvertrag haben.

Lockdown bedroht Existenz

Für die vielen Menschen, die weltweit unter prekären Bedingungen arbeiten und leben, bedeutete der Corona-Lockdown hingegen sofort eine existenzielle Bedrohung. Zum Beispiel in Bolivien: «Mit Covid-19 kam alles zum Stillstand, und ich musste meinen kleinen Take-away schliessen», erzählt die junge Unternehmerin Yovana Mayta aus Viacha in der Nähe der Hauptstadt La Paz, deren Start-up Solidar Suisse mit Beratung und Anschubfinanzierung unterstützt hat. Auch für viele StrassenhändlerInnen war der strenge bolivianische Lockdown eine Katastrophe. Sie konnten ihre Waren nicht mehr verkaufen, das Einkommen brach weg, und sie mussten Schulden machen, um Essen zu kaufen und die Miete zu bezahlen. Auch viele Hausangestellte verloren ihre Stelle. Leida Alonzo von der bolivianischen Gewerkschaft der Hausangestellten Fenatrahob erzählt: «Weil es keinen öffentlichen Verkehr mehr gab, konnten viele ihre weit entfernten Arbeitsstellen nicht erreichen. Sie wurden nicht

mehr bezahlt, mussten Zwangsferien nehmen oder wurden schlicht entlassen, obwohl das gegen das Gesetz verstösst.»

Auch die bolivianischen Zuckerrohrschneider traf die Corona-Krise hart. Als Saisoniers müssen sie ihr ganzes Einkommen zwischen April und November erarbeiten. Wegen der Pandemie konnten sie in dieser Zeit 60 Tage nicht arbeiten, und die Produktion war auch Ende Juni noch nicht wieder voll hochgefahren. «Wir erhielten keinen Lohn und konnten keine Lebensmittel für unsere Familien kaufen. Im Lockdown konnten wir uns auch nicht versammeln und mit den Institutionen über Hilfeleistungen verhandeln», erzählt Fausbert Soraide von der Gewerkschaft der Zuckerrohrschneider.

Solidar Suisse trägt mit einer erneuten Finanzspritze dazu bei, dass die gut gestarteten Projekte von JungunternehmerInnen wie Yovana Mayta überleben. Ausserdem unterstützen wir Radiospots der Gewerkschaften der Hausangestellten und Zuckerrohrschneider, mit denen sie ihre Mitglieder informieren, wie sie sich vor dem Virus und vor missbräuchlichen Kündigungen schützen können, und welche staatlichen Hilfen ihnen zustehen.

Aushebelung der Arbeitsrechte

Etwas anders gelagert ist die Situation in Südafrika: Bei den sechs Helplines der Solidar-Partnerorganisation Casual Workers Advice Office CWAO in Johannesburg gingen während des strikten Lockdowns täglich rund hundert Anrufe ein mit Fragen

zu Entlassungen, Pensumskürzungen und zur Arbeitslosenversicherung. CWAO-Leiter Ighsaan Schroeder bringt es auf den Punkt: «Unter dem Vorwand des Lockdowns wurden viele entlassen, vor allem auch sogenannte ‹Troublemakers›, die sich für die ArbeiterInnen eingesetzt haben. Anderen wurden Arbeitsstunden – und somit der Lohn – radikal zusammengestrichen. Wer weiterarbeiten konnte, musste dies ohne jegliche Schutzvorkehrungen tun. Die Arbeitgebenden nutzten die Pandemie dazu, die Arbeitsbeziehungen grundlegend umzukrempeln: mehr Schichtarbeit, Reduktion der Belegschaft bei höheren Produktivitätsanforderungen oder Entlassungen und gleichzeitiger Ersatz durch Lernende oder ArbeiterInnen auf Abruf.»

CWAO verteidigt die grundlegenden Arbeitsrechte und ist mit WhatsApp-Gruppen in den Betrieben und auf Facebook präsent. Ausserdem verteilen AktivistInnen der Organisation in den Townships Flugblätter und Desinfektionsmittel. «Ohne CWAO würden wir im Lockdown im Dunkeln tappen», sagt Ntombifuthi Mafimini aus Johannesburg, die beim Kosmetikkonzern Avon angestellt

ist. «CWAO verteilt Desinfektionsmittel und Informationen über die Pandemiebestimmungen und die Arbeitslosenversicherung – und wir können uns an ihre Helpline wenden.» Ihre Kollegin Nkosingiphile Mnguni kämpft ebenfalls ums tägliche Überleben: «Während des Lockdowns hatten wir echt zu kämpfen. Manchmal musste ich die NachbarInnen um Essen bitten, damit wenigstens meine Kinder einigermaßen satt wurden. Lebensmittelpakete von der Regierung bekamen wir kaum.»

Erfolgreicher Kampf

Doch es gibt auch Erfolge: So hat CWAO Ende Mai 2020 in einem Gerichtsfall erreicht, dass die Arbeitslosenversicherung während der Pandemie allen Beschäftigten ausbezahlt wird, ob sie mit oder ohne regulären Vertrag arbeiteten. In einem Land wie Südafrika, in dem jederR Sechste informell arbeitet und während der Pandemie rücksichtslos Arbeitsrechte geschleift und viele arbeitslos wurden, ist dies ein wichtiger Etappensieg. Solidar Suisse wird die Unterstützung von CWAO in den kommenden Jahren massgeblich ausbauen.



EINE GROSSE KÄMPFERIN

Im März mussten wir uns von der Menschenrechtsaktivistin Marie-Claude Hessler verabschieden. Eine Hommage.

Text: Simone Wasmann, Verantwortliche Kampagnen Faire Arbeit Asien, Foto: Susanne Hefti

Am 18. März ist Marie-Claude Hessler 78-jährig gestorben. Mit ihr verlieren wir eine Mitstreiterin, die während mehr als 20 Jahren für faire Arbeitsbedingungen in chinesischen Spielzeugfabriken gekämpft und heuchlerische Konzerne angeprangert hat. Sie engagierte sich in zahlreichen Organisationen in der Schweiz und in Frankreich und war auch auf unkonventionellen Wegen aktivistisch tätig. So brachte sie als Kleinaktionärin des Spielzeuggi-

ganten Mattel Jahr für Jahr an den Aktionärsversammlungen in Los Angeles die unangenehme Wahrheit über die miserablen Arbeitsbedingungen in chinesischen Spielzeugfabriken aufs Tapet.

Seit 2015 begleitete sie die Fair-Toys-Kampagne von Solidar Suisse und war uns mit ihrer Hartnäckigkeit ein grosses Vorbild. Marie-Claude Hessler war eine starke Frau mit einem enormen Durchhaltewillen und einem ausgeprägten Sinn für

globale Gerechtigkeit. Sie stellte ihre juristischen Fähigkeiten, ihre finanziellen Ressourcen und ihre Beharrlichkeit in den Dienst einer grossen Sache: der Achtung der Menschen- und Arbeitsrechte weltweit. Und sie war eine Freundin, deren Rat, Grosszügigkeit und Kampfgeist uns fehlen werden.

Marie-Claude, wir werden deinen Kampf für soziale Gerechtigkeit fortsetzen – und gewinnen.



Foto: Filmstill aus «Der Konzern-Report»

ABSTIMMUNG ZUR KONZERN- VERANTWORTUNGSINITIATIVE

Am 29. November kommt die Konzernverantwortungsinitiative zur Abstimmung. Sie will, dass Schweizer Konzerne, welche die Umwelt schädigen oder Menschen von ihrem Land vertreiben, dafür geradestehen müssen. Dass dies nicht selbstverständlich ist, zeigt das Beispiel Nigeria: Neben dem Dorf Ewekoro betreibt der Schweizer Zementriese LafargeHolcim eine Fabrik, welche die Luft massiv verschmutzt. Mit katastrophalen Folgen für die Menschen: Der Staub greift ihre Lungen und Atemwege an, und ihre Lebenserwartung sinkt. Die Konzernverantwortungsinitiative will dies stoppen (Petition siehe Seite 19). Bestellen Sie ein Velodreieck oder eine Fahne und machen Sie Ihre Unterstützung sichtbar:

www.konzern-initiative.ch/kampagnenmaterial

KANN ES DIE PRIVATWIRTSCHAFT RICHTEN?

Die Einbindung von Unternehmen in die Entwicklungszusammenarbeit ist ein aktueller und umstrittener Trend. Die Uno-Agenda 2030 gibt dies vor, und der Bundesrat hat der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) den gleichen Auftrag erteilt. Ein erfolgreiches Solidar-Projekt in Nicaragua zeigt, dass es tatsächlich möglich ist. Ein Einzelfall? Unter welchen Voraussetzungen kann die Privatwirtschaft eine nachhaltige Entwicklung fördern? Was sind die Risiken? Diese Fragen diskutieren unter der Moderation von Andrea Kucera (NZZ am Sonntag): Thomas Gass (Chef Südzusammenarbeit DEZA), Kristina Lanz (Expertin für Entwicklungspolitik bei Alliance Sud) und Felix Gnehm (Geschäftsleiter Solidar Suisse).
1. Oktober 2020, Volkshaus Zürich, 18 Uhr.



Foto: Solidar Suisse



Fotos: Solidar Suisse

WECHSEL IN DER SOLIDAR- GESCHÄFTSLEITUNG

Mit Barbara Burri und Marco Eichenberger verlassen zwei Geschäftsleitungsmitglieder Solidar Suisse, während Eva Geel ihr Pensum reduziert und die Leitung der Abteilung Kommunikation abgibt. Wir danken ihnen wärmstens für den beherzten und tatkräftigen Einsatz! Und wir freuen uns, drei Personen neu in der Geschäftsleitung begrüßen zu können: Am 1. Juli hat Benjamin Gross (links) die Leitung der Abteilung Marketing und Kommunikation übernommen und Klaus Thieme, der bisherige Leiter Entwicklungszusammenarbeit, die Abteilung Programme. Paulien van der Lugt (rechts) beginnt am 1. Oktober als Leiterin der Abteilung Qualität und Wirkung. Zusammen mit Bea Herter (Leiterin Finanzen) und Felix Gnehm (Geschäftsleiter) ist so die Geschäftsleitung wieder komplett.



MIT KREATIVITÄT DURCH DIE KRISE

Mirjeta Nagavci unterstützt SchülerInnen im Kosovo bei der Berufswahl. Ihre Projektaktivitäten hat sie mit Bravour an die Corona-Krise angepasst.

Text: Cyrill Rogger, Programmleiter Südosteuropa, Foto: Solidar Suisse

Am 18. Mai 2020 sitzt Mirjeta Nagavci in ihrer Wohnung in Pristina, der Hauptstadt des Kosovo. Auf dem Bildschirm tauchen immer mehr Gesichter auf. Es sind Schülerinnen und Schüler der 9. Klasse von drei Schulen in Peja, 80 Kilometer von Pristina entfernt. Mirjeta Nagavci begrüsst alle «Anwesenden» und stellt ihnen Edona Hyla, die Referentin der heutigen Videokonferenz, vor. Edona Hyla erzählt den SchülerInnen von ihrer Karriere und wie sie gegen verschiedene Widerstände ihr berufliches Ziel hartnäckig verfolgte. Hyla ist Maschinenbauingenieurin und berät und leitet grosse Infrastrukturprojekte im Kosovo. Nagavci hatte Edona Hyla bereits im Februar kontaktiert, um sie für diesen Austausch mit den SchülerInnen der Abschlussklassen zu gewinnen. Wie die anderen Berufsleute, die Mirjeta Nagavci anfragte, sagte Hyla sofort begeistert zu.

Diversität der Karrieremöglichkeiten

«Wir wollen den SchülerInnen für ihre Berufswahl gerade auch atypische Karrieren vorstellen», sagt Nagavci. «Frauen in sogenannten Männerberufen, Karrieren mit Umwegen und solche, die auf einer soliden Berufsausbildung und praktischen Erfahrungen gründen.» Die 24-Jährige arbeitet für die Kosovo Career Development Foundation, die zusammen mit Solidar Suisse die 9.-KlässlerInnen in Peja beim Übertritt in eine Berufsschule oder ins Gymnasium unterstützt. Nachdem Solidar in den vergangenen drei Jahren

eine flächendeckende Einführung der Berufsberatung an den 28 Grundschulen in Peja vorangetrieben hat, steht 2020 der Austausch der 9.-KlässlerInnen mit VertreterInnen der Arbeitswelt und die Einführung der elektronischen Plattform Busulla (Kompass) im Zentrum. Mirjeta Nagavci hat noch als Psychologiestudentin bei deren Entwicklung mitgewirkt. Die neue Plattform bietet den SchülerInnen neben Eignungstests diverse Informationen zu Berufsprofilen und Ausbildungen und wird vom nationalen Bildungsministerium gefördert. Auch dem beruflichen Werdegang von Edona Hyla will Solidar den SchülerInnen auf Busulla sowie auf Facebook und in anderen sozialen Medien zugänglich machen.

Solche Massnahmen sind dringend nötig. Vor ein paar Jahren erhielten die SchülerInnen im Kosovo noch kaum Unterstützung bei der Berufswahl. Dies hat sich dank dem Engagement internationaler Organisationen und NGOs wie Solidar geändert. Aber es gibt noch viel zu tun. Denn die Aussichten, einen Job zu kriegen, sind nicht rosig im Kosovo: Nach wie vor hat die Hälfte der Jugendlichen keine Arbeit. Umso wichtiger ist es, dass sie wissen, was sie wollen. Nur dann können sie Chancen erkennen und nutzen. Genau das hat auch Nagavci in ihrem Werdegang erfahren.

Gut geplant ist halb gewonnen

«Ich wusste schon vor langer Zeit, dass ich für mein Masterstudium ins Ausland gehen will, aber ich

Mirjeta Nagavci berät SchülerInnen bei der Berufswahl – als dies noch im direkten Kontakt möglich war.

habe mich lange nicht aktiv darum bemüht», erzählt Nagavci. «Dann bot sich mir eine grossartige Stipendienmöglichkeit. Ich krempelte meine Ärmel hoch und bereitete mich auf den Test und das Vorstellungsgespräch vor.» Sie erhielt das Stipendium und reiste schon bald in die Niederlande, wo sie ein Jahr lang an der Universität Utrecht studierte. «Als Erstes fiel mir auf, dass meine MitstudentInnen alle eine Agenda führten und darin nicht nur die Kurse an der Uni eintrugen, sondern auch Freizeitaktivitäten. Ja, sie planten darin sogar ihre Lebensmitteleinkäufe!» Die damalige Verblüffung ist ihrer Stimme anzuhören. Trotzdem kaufte sie sich sogleich eine Agenda. «Ich glaube, das ist neben den vielen neuen Freundschaften und Erkenntnissen aus Seminaren und Vorlesungen das Wichtigste, das ich von meinem Masterjahr mit nach Hause nahm.» Nicht die Agenda, aber der Umstand, dass sie ihr Leben heute strukturierter plant. «Und ich bin direkter geworden. Ein positiver niederländischer Charakterzug», meint Nagavci.

Eine gute Planung brauchte es auch, als wegen der Corona-Krise alle Aktivitäten mit den SchülerInnen aus Peja ins Internet verlegt werden mussten. Dank ihrem Enthusiasmus und bester Organisation hat Mirjeta Nagavci die LehrerInnen und SchülerInnen schnell mobilisiert und über ihre Bildschirme vernetzt.

Erfolgreicher Online-Austausch

Die SchülerInnen sitzen derweil noch immer am Bildschirm und lauschen Edona Hyla. Sie hat in den vergangenen 20 Minuten ihre berufliche Karriere anschaulich und lebendig geschildert. Nagavci bedankt sich bei ihr und eröffnet die Fragerunde. Ausdruckslose und verlegene Gesichter schauen ihr vom Bildschirm entgegen. Dann endlich die erste Frage: Eine junge Frau möchte wissen, welche anderen Berufswünsche Edona Hyla mit 15 hatte. Weitere Fragen folgen, das Eis ist gebrochen, die Runde lebt. Am Schluss erkundigt sich Ezra, eine Schülerin, ob diese Videokonferenzen weitergeführt würden und wann der Austausch mit den BerufsschülerInnen anstehe. Ja, sie gehen weiter, denn sie haben sich sehr bewährt: Die auf Facebook gestellten Videos wurden über 20 000 Mal geliked. Als Mirjeta Nagavci mit einem Klick die Konferenz beendet, ist sie erleichtert und zufrieden. Und sie freut sich darauf, zu erfahren, welche Ausbildungen Ezra und die anderen Jugendlichen in ein paar Monaten beginnen werden.

Carlo Sommaruga
Solidar-Präsident



Corona-Weckruf an die Politik

Die Corona-Pandemie ist weit mehr als eine Gesundheitskrise: Sie trifft Gesellschaften und Volkswirtschaften in ihrem Kern. Auch wenn ihre Auswirkungen von Land zu Land unterschiedlich sind, wird sie die Armut und die Ungleichheit weltweit verstärken. So drohen wegen der Pandemie weitere 50 Millionen Menschen in extreme Armut zu schlittern, weil ihre Existenzgrundlagen zerstört werden.

Da sich Solidar Suisse für Menschen in prekären Verhältnissen einsetzt, spüren wir dies unmittelbar. Aus unseren Projektregionen erreichen uns verzweifelte Appelle. Unzählige ArbeitnehmerInnen und Working Poor haben ihr Einkommen verloren: von Temporärangestellten in Südafrika über TextilarbeiterInnen in Kambodscha bis zu PlantagenarbeiterInnen in Malaysia. Ihre Löhne sind so tief, dass sie kein Ersparnis haben und viele sogar Hunger leiden müssen. Das düstere Bild wird abgerundet von der katastrophalen Gesundheitsversorgung und dem fehlenden Zugang zu inklusiver und qualitativer Bildung. Die Armut nach der Krise drängt sogar Kinder auf den Arbeitsmarkt oder in die Migration – und zerstört so ihre Zukunftschancen.

Diese Menschen brauchen eine menschenwürdige Arbeit mit anständigem Lohn und funktionierende Sozialschutzsysteme. So will es auch die Schweiz: Ein Ziel ihrer künftigen Strategie für Internationale Zusammenarbeit ist die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze. Wir begrüssen das sehr – doch es wird nur mit den notwendigen finanziellen Mitteln erreicht. Die knausrigen 0,46 Prozent des Bruttonationaleinkommens, welche die Schweiz dafür aufwendet, genügen bei Weitem nicht. Verpflichtet hat sich die Schweiz zu 0,7 Prozent, den Weckruf aber haben zu viele in Politik und Wirtschaft noch nicht vernommen. Wir bleiben dran!

4		1	3	2				
	8		9					
		6				9		4
			7				9	8
	2						5	
5	6				4			
8		3				6		
					8		1	
				1	3	8		2

SOLIDAR-SUDOKU

Füllen Sie die leeren Felder mit den Zahlen von 1 bis 9. Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile, jeder Spalte und in jedem der neun 3×3-Blöcke nur einmal vorkommen.

Das Lösungswort ergibt sich aus den grauen Feldern waagrecht fortlaufend, nach folgendem Schlüssel:

1=G, 2=C, 3=L, 4=E, 5=N, 6=T, 7=H, 8=U, 9=I

Schicken Sie das Lösungswort an Solidar Suisse – mit einer Postkarte oder per E-Mail an: kontakt@solidar.ch, Betreff «Rätsel».

- 1. Preis** Ein Rucksack des Projekts LanzArte
- 2. Preis** Eine genähte Schutzmaske aus Moçambique
- 3. Preis** Ein silbernes Lama-Buchzeichen aus Bolivien

Einsendeschluss ist der 18. September 2020. Die Namen der GewinnerInnen werden in der Solidarität 4/2020 veröffentlicht. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Von der Teilnahme ausgeschlossen sind Mitarbeitende von Solidar Suisse.

Das Lösungswort des Rätsels in Solidarität 2/2020 lautete «Sei Solidar!». Marie-Louise Lovis aus Delémont hat einen Rucksack des Projekts LanzArte, Arne Engeli aus Rorschach ein T-Shirt des Projekts Vida sin Violencia und Marco Tognola aus Ascona Mangos aus Burkina Faso gewonnen. Wir danken den Mitspielenden für die Teilnahme.

Lösungswort:

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

cash

Actares fordert von Nestlé bessere Bedingungen auf Palmölplantagen

Cash, 23.4.2020

Actares prangerte in einer Pressemitteilung vom Mittwoch den Einsatz von Kinderarbeit und Zwangsarbeit in grossem Umfang durch Nestlé-Subunternehmer auf Ölpalmenplantagen in Malaysia an. Die entsprechende Kritik basiert auf einem Bericht der Schweizer NGO Solidar Suisse. Nestlé habe zwar für Transparenz gesorgt und eine Liste seiner Subunternehmer veröffentlicht, heisst es. Jedoch habe der Konzern auch ein System eingeführt, mit dem er diesen Subunternehmern die alleinige Verantwortung für die Umsetzung seiner Empfehlungen zu Menschen- und Arbeitnehmerrechten sowie zur Umwelt übertrage, bemängelte Actares. Die Aktionärsvereinigung bezeichnet dieses Vorgehen als «äusserst fragwürdig». Das Unternehmen verlasse sich ausschliesslich auf die Engagements seiner Partner (...) «ohne finanzielle Gegenleistung und mit nur sehr wenigen Kontrollmechanismen».

Nau.ch

Glückskette: Schweizer Hilfe nach Erdbeben in Nepal wirkt

Nau, 23.4.2020

Das Hilfswerk Glückskette konnte 1,3 Millionen Menschen mit 28,8 Millionen Franken helfen. Fünf Jahre nach dem verheerenden Erdbeben in Nepal haben die Glückskette und ihre Partnerhilfswerke die Wirkung der Schweizer Spenden evaluiert. Die Befragten in Nepal seien überzeugt, dass die Unterstützung ihre Lebenssituation nachhaltig verbessert habe (...). Die unabhängige Evaluation konzentrierte sich auf zwei Gemeinden im Distrikt Sindhupalchok (...). Hier leisteten die drei Partnerhilfswerke der Glückskette, Helvetas, Solidar Suisse und Caritas Schweiz, Hilfe. 76 Prozent der Befragten gaben an, dass sie mit der Sanierung ihrer Häuser und sanitären Einrichtungen zufrieden seien. 97 Prozent waren erfreut, dass ihr Haus erdbebensicher wiederaufgebaut worden sei. Bei den Schülerinnen und Schülern lag die Zufriedenheit über das neue Schulhaus gar bei 99 Prozent.

SWI swissinfo.ch

Schweizer Hilfe gegen Corona-Fake-News

SWI Swissinfo, 8.4.2020

Das Coronavirus ist im globalen Süden angekommen und mit ihm eine Fülle an «Fake-News» und Gerüchten. (...) Schweizer Entwicklungsorganisationen gehen nun gegen Falschinformationen vor. Sie bauen dabei auf jahrzehntelanger Erfahrung auf. (...) Solidar Suisse hat mit Informationen zu Themen wie demokratische Rechte oder Gewalt gegen Frauen über die Jahre an Bekanntheit gewonnen und «geniesst nun eine sehr hohe Glaubwürdigkeit», sagt Klaus Thieme, Leiter der Entwicklungszusammenarbeit bei Solidar Suisse. «Das ist in der jetzigen Situation essentiell.» Nun intensiviert Solidar Suisse die Hygienekampagnen, die bereits vor der Ausbreitung des Virus liefen, in allen Einsatzländern. In Bolivien nutzt die Organisation auch eine vor 16 Jahren geschaffene gezeichnete Kunstfigur. «Doctora Edilicia» verbreitet während der Pandemie lebenswichtige Botschaften und Informationen.

AKTIV WERDEN

Kämpfen Sie mit uns für globale Fairness. Dazu gibt es im Kleinen wie im Grossen viele Möglichkeiten – hier ein paar konkrete Vorschläge.

UMFRAGE



Sinnvolle Arbeit ist Solidarität-LeserInnen wichtig

In der letzten Solidarität wollten wir wissen, wie wichtig es unseren LeserInnen ist, dass ihre Arbeit Sinn stiftet. 75 Prozent der Mitmachenden ist dies wichtig bis sehr wichtig, einem Fünftel ist es gar nicht wichtig. Für die Hälfte ist die Wirkung das Wichtigste an ihrer Arbeit, für 17 Prozent die KollegInnen, für 13 Prozent der Lohn. In dieser Nummer zu den Auswirkungen der Corona-Krise möchten wir von Ihnen wissen, ob Sie Ihr Konsumverhalten in dieser Zeit verändert haben.



Zur Umfrage:
www.solidar.ch/frage

MITMACHEN



Unterschreiben Sie die Petition an LafargeHolcim

Die Emissionen der Zementfabrik des Schweizer Konzerns LafargeHolcim in Nigeria führt bei den BewohnerInnen des angrenzenden Dorfes Ewekoro zu gravierenden Beschwerden. Der Zementstaub verursacht Schäden an Leber, Lunge und Milz sowie gravierende Augenprobleme. Trotz Protesten hat sich die Situation nicht verbessert. Unterschreiben Sie jetzt die Petition an LafargeHolcim, damit der Konzern endlich aufhört, die Menschen in Nigeria mit Feinstaub zu vergiften.



Unterschreiben unter:
www.konzern-initiative.ch/petition

SPENDEN



Solidarität mit Benachteiligten

Weltweit lebt fast die Hälfte aller Menschen unter der Armutsgrenze. Das hat Gründe: In Südostasien sind Ausbeutung und Schuldknechtschaft noch immer weit verbreitet. In Bolivien arbeiten 80 Prozent der Menschen ohne Anstellung und soziale Absicherung. Im Kosovo ist knapp die Hälfte der Jungen erwerbslos und findet keinen Zugang zum Arbeitsmarkt. Jetzt droht die Corona-Krise weitere Millionen von Menschen in Armut zu stürzen. Bitte kämpfen Sie mit uns für deren Existenz und Gesundheit!



Helfen Sie hier:
www.solidar.ch/corona

MITKÄMPFEN

IMPRESSUM

Herausgeber Solidar Suisse, Quellenstrasse 31, Postfach 2228, 8031 Zürich, Tel. 044 444 19 19, E-Mail: kontakt@solidar.ch, www.solidar.ch
Postkonto 80-188-1
Mitglied des europäischen Netzwerks Solidar
Redaktion Katja Schurter (verantwortliche Redaktorin), Christian von Allmen, Lionel Frei, Eva Geel, Cyrill Rogger

Layout artischock.net
Übersetzungen Milena Hrdina, Katja Schurter, Jean-François Zurbriggen
Korrektorat Jeannine Horni, Catherine Vallat
Druck und Versand Unionsdruckerei/subito AG, Walther-Bringolf-Platz 8, 8201 Schaffhausen
Erscheint vierteljährlich, Auflage: 37 000
Der Abonnementspreis ist im Mitgliederbeitrag

inbegriffen (Einzelmitglieder mindestens Fr. 70.–, Organisationen mindestens Fr. 250.– pro Jahr).
Gedruckt auf umweltfreundlichem Recycling-Papier.
Titelbild Textilarbeiterin Farsana Akhter aus Bangladesch erhielt während dem Corona-Lockdown nur 60 Prozent ihres Lohns. Foto: Taslima Akhter.
Rückseite Das Solidar-Team mit Fahnen der Konzerninitiative. Foto: Iwan Schauwecker.

WER HAT DIE SCHÖNSTE FAHNE IM GANZEN LAND?



SENDEN SIE UNS DIE BESTEN FOTOS DER KONZERN- VERANTWORTUNGSINITIATIVE- FAHNEN

Bisher können Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden, die Schweizer Konzerne im Ausland anrichten, hier nicht rechtlich geahndet werden. Die Konzernverantwortungsinitiative will dies ändern – und kann dabei auf die breite Unterstützung der Bevölkerung zählen. Vielleicht haben auch Sie bereits eine Fahne für die Initiative rausgehängt. Oder sie sind diesen Sommer unterwegs und entdecken besonders schön platzierte Fahnen. Schicken Sie uns Ihre besten Fotos mit der Angabe, wo Sie sie gemacht haben. Wir teilen sie gerne via Social Media – damit die Abstimmung am 29. November ein Erfolg wird!

Fotos senden an:
konzernverantwortung@solidar.ch

**Herzlichen Dank
für Ihre Unterstützung!**